



Niederschrift

58. Plenarsitzung des Gemeinderates
28. November 2023, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

2.

**Punkt 1 der Tagesordnung: Haushaltssatzung/Haushaltsplan 2024/2025: Satzungsbeschluss zur Vorlage und Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde
Vorlage: 2023/1253**

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt den Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2024/2025 sowie die Finanzplanung bis 2028 einschließlich der 1. Veränderungsliste und der während der Beratung am 21./22. November 2023 beschlossenen Veränderungen, die in der 2. Veränderungsliste (Anlage) aufgeführt werden. Sämtliche Änderungen sind in den endgültigen Ausdruck des Haushaltsplans zu übernehmen.
2. Der Gemeinderat beschließt aufgrund § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 24. Juli 2000 (GBl. 2000, S. 582, ber. S. 698) die Haushaltssatzung:

§ 1 Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt

Der Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 wird festgesetzt:

	Haushaltsjahr	Haushaltsjahr
	2024	2025
	Euro	Euro
1. im Ergebnishaushalt mit den folgenden Beträgen		
1.1 Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von	1.735.933.131	1.764.145.302
1.2 Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von	-1.774.491.242	-1.810.474.945
1.3 Veranschlagtes ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2) von	-38.558.111	-46.329.643

1.4	Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge von	3.325.000	3.000.000
1.5	Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen von	-1.500.000	-1.500.000
1.6	Veranschlagtes Sonderergebnis (Saldo aus 1.4 und 1.5) von	1.825.000	1.500.000
1.7	Veranschlagtes Gesamtergebnis (Saldo 1.3 und 1.6) von	-36.733.111	-44.829.643
2. im Finanzhaushalt mit den folgenden Beträgen			
2.1	Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	1.713.841.631	1.740.812.804
2.2	Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	-1.682.571.015	-1.713.650.789
2.3	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts (Saldo aus 2.1 und 2.2) von	31.270.616	27.162.015
2.4	Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von	26.642.250	30.769.130
2.5	Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von	-264.087.826	-254.621.054
2.6	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5) von	-237.445.576	-223.851.924
2.7	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6) von	-206.174.960	-196.689.909
2.8	Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	227.637.600	218.842.200
2.9	Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	-21.462.660	-22.152.315
2.10	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9) von	206.174.940	196.689.885
2.11	Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands, Saldo des Finanzhaushalts (Saldo aus 2.7 und 2.10) von	-20	-24

	Haushaltsjahr	Haushaltsjahr
	2024	2025
	Euro	Euro

§ 2 Kreditermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen sowie für die Ablösung von inneren Darlehen aus Mitteln, die für Rückstellungen für die Stilllegung und Nachsorge von Altdeponien erwirtschaftet wurden (Kreditermächtigung), wird festgesetzt auf	227.637.600	218.842.200
davon für die Ablösung von inneren Darlehen auf	0	0

§ 3 Verpflichtungsermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen), wird festgesetzt auf	20.220.000	82.533.500
---	------------	------------

§ 4 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf	354.800.000	362.000.000
---	-------------	-------------

§ 5 Steuersätze

Nachrichtlich: Hebesätze

Die Hebesätze sind in der Satzung der Stadt Karlsruhe über die Erhebung der Grundsteuer und Gewerbesteuer (Hebesatzsatzung) wie folgt festgesetzt:

Für die	2024	2025
1. Grundsteuer		
a) für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A) auf	490 v. H.	490 v. H.
b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	490 v. H.	490 v. H.

der Steuermessbeträge		
2. Gewerbesteuer	450 v. H.	450 v. H.
der Steuermessbeträge		

§ 6 Weitere Bestimmungen

1. Die örtlichen Wertgrenzen im Hinblick auf die Veranschlagung von Investitionen als Einzelvorhaben nach § 4 Abs. 4 Satz 4 GemHVO werden wie folgt festgesetzt (jeweils in Euro):

Hochbaumaßnahmen mit einem Gesamtaufwand (Auszahlungen und zu aktivierende Eigenleistungen):
ab 300.000

Begrünungsmaßnahmen mit einem Gesamtaufwand (Auszahlungen und zu aktivierende Eigenleistungen):
ab 250.000

Tiefbaumaßnahmen mit einem Gesamtaufwand (Auszahlungen und zu aktivierende Eigenleistungen):
ab 500.000

Kanalsanierungsmaßnahmen mit einem Gesamtaufwand (Auszahlungen und zu aktivierende Eigenleistungen), die eine wesentliche Änderung im Entwässerungsnetz darstellen:
ab 500.000

Kanalsanierungsmaßnahmen, die keine wesentliche Änderung im Entwässerungsnetz darstellen, werden in einem Sammelansatz veranschlagt. Unabhängig von der Höhe des Gesamtaufwands werden Erschließungsmaßnahmen (Tiefbau- und Kanalbaumaßnahmen) in einem Sammelansatz veranschlagt.

2. Der Gemeinderat beschließt den Haushaltsplan der Vereinigten Stiftungen für die Haushaltsjahre 2024/2025 mit folgenden Festsetzungen:

	Haushaltsjahr	Haushaltsjahr
	2024	2025
	Euro	Euro
Ordentliche Erträge/Einzahlungen	63.000	63.000
Ordentliche Aufwendungen/Auszahlungen	63.000	63.000

gemäß Haushaltsplanentwurf Seiten 531ff

3. Für eine zeitlich flexible Handhabung der Kreditaufnahme beauftragt der Gemeinderat die Verwaltung, die Kreditermächtigung - soweit erforderlich - auszuschöpfen. Sie berichtet bei Bedarf dem Hauptausschuss, in welchem Umfang und zu welchen Konditionen sie hiervon Gebrauch gemacht hat.
4. Für eine zeitlich flexiblere Handhabung der Gewährung von Bürgschaften verzichtet der Gemeinderat auf Vorberatungen im Hauptausschuss. Die Genehmigung durch den originär zuständigen Gemeinderat bleibt hiervon unberührt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitliche Zustimmung (36 JA, 10 Nein)

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 1 zur Behandlung auf.

Erste Bürgermeisterin Luczak-Schwarz: Wir haben Ihnen den Satzungsbeschluss nebst der zweiten Veränderungsliste als TOP 1 zur Verfügung gestellt. Ich möchte nochmal anknüpfend an die Tabelle, die Herr Oberbürgermeister vor der Beratung der Haushaltsdebatte an die Wand geworfen hat, ergänzen durch die Ergebnisse, die in den Haushaltsberatungen letztendlich jetzt in der Satzung wiederbefinden. Da können Sie erkennen, dass wir im Ergebnishaushalt in 2024 zu einer Verbesserung gelangt sind, nämlich von minus 38,5 auf minus 36,7 und im Haushaltsjahr 2025 beim Gesamtergebnis zu einer leichten Verschlechterung um 600.000 Euro, nämlich von minus 24,2 auf minus 44,8. Diese leichte Verbesserung zieht sich durch, auch in der Mittelfrist. Die Folge ist auch, dass der Zahlungsmittelüberschuss sich im Vergleich zur ersten Veränderungsliste leicht verbessert hat in 2024 und eine minimale Verschlechterung in 2025.

Bei den Investitionen ergibt sich eine Mehrauszahlung von 0,9 Millionen Euro, in 2024 und von 1,5 Millionen Euro in 2025, sowie die entsprechenden Anpassungen in der mittelfristigen Planung. Die Kreditermächtigung wird sich durch die Veränderung der ersten und zweiten Veränderungsliste in 2024 um minus 0,8 Millionen Euro verschlechtern und in 2025 um 8,7 Millionen Euro verbessern.

Alle Veränderungen sind Ihnen in der Beschlussvorlage in einem Gesamtkontext dargestellt. I Vergleich zum Entwurf der Satzung haben wir jetzt den Höchstbetrag der Kassenkredite auf das maximal genehmigungsfreie Maß angehoben, um eine möglichst gute Bewirtschaftung und große Flexibilität im Haushaltsvollzug zu haben. Summa summarum, Herr Oberbürgermeister, kann man sagen, dass mit dem Gesamtpaket wir die Linie, den Haushalt nicht zu verschlechtern, auch mit Ihrer Hilfe dann auch so in eine Satzung fassen konnten, und insofern darf ich Ihnen das Wort geben für die anstehende Beratung.

Der Vorsitzende: Wir kommen jetzt in die Aussprache.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Das war für uns schon eine schwierige Ausgangslage in der letzten Woche auf dem Entwurf, aufbauend von minus 40 Millionen, da noch eine ernsthafte konstruktive Beratung zu führen, die am Ende aber auch punktuell zu Verbesserungen für

die Stadtgesellschaft geführt hat. Das war wirklich eine gemeinsame Anstrengung, und das hat man auch gesehen an vielen interfraktionellen Anträgen, die am Ende dann eine Mehrheit gefunden haben, um vor allem bestehende Angebote in der Stadtgesellschaft zu erhalten, seien es der Medienbus, die präventiven Hausbesuche, das Angebot der diakonischen Suchthilfe, oder auch die Stabilisierung der Volkshochschule oder auch die Zuschüsse an die Kultur, dass dort die geplanten Kürzungen der Verwaltung dann durch den Gemeinderat zurückgenommen wurden und dass wir jetzt das ganz klare Signal haben beispielsweise für die Dynamisierung der Kulturförderung ab dem kommenden Jahr. Das waren alles wesentliche kleine Impulse, die am Ende das Ergebnis, Sie haben es gerade berichtet, nur unwesentlich verändert haben, die in ihrer Wirkung aber dann doch in die Gesellschaft streuen und dort einen guten Beitrag leisten.

Es ist uns insgesamt auch gelungen, wenige neue Impulse zu setzen, beispielsweise im Rahmen der Klimaanpassung. Darauf aufbauend, dass heute oder dass jetzt mit diesem Entwurf erstmals auch ein Budget für die Klimaanpassung im Klimaschutzkonzept vorhanden ist, konnten wir gleichzeitig auch noch mit dem Trinkbrunnen-Konzept und auch mit einem neuen Gießfahrzeug zum besseren Erhalt der Stadtbäume dafür sorgen, dass wir noch einen wesentlichen Schritt vorankommen. Wir möchten es aber dennoch auch an dieser Stelle noch einmal erwähnen, dass wir es kritisch sehen, dass auch im Klimaschutzbudget Einsparungen vorgenommen wurden, weil das eine Aufgabe ist, die uns grundsätzlich noch weiter verfolgen wird. Und wir sehen auch in der heutigen Debatte um die Wärmeleitplanung, dass das ein Punkt ist, in dem noch ganz viel Musik drin ist, bei dem wir uns auch mit unserem Haushaltsantrag gewünscht hätten, dass die Verwaltung hier gestärkt wird, diese Wärmeleitplanung auch weiterzuentwickeln. Das vielleicht zu den einzelnen Inhalten.

Grundsätzlich möchten wir Ihnen als Verwaltung danken für die Arbeit, die reingeflossen ist in diesen Haushalt, nicht nur in diesen formalen Entwurf, sondern vielmehr auch in den Prozess der Haushaltsstabilisierung im Vorfeld. Und was ganz wesentlich ist, ist, dass wir es schaffen können, unsere Investitionsfähigkeit mit dem Haushaltsentwurf im Vergleich zur Ausgangslage nicht zu verschlechtern. Dennoch ist es noch keine Garantie. Wir drücken Ihnen und auch uns die Daumen, dass die Gespräche mit dem Regierungspräsidium auf fruchtbaren Boden treffen. Wir stimmen dieser Haushaltssatzung gerne zu.

Stadtrat Hofmann (CDU): Der Kollege Löffler hat es eben schon gesagt, es war keine einfache Ausgangslage, sie war sehr schwierig. Hier möchten wir uns auch von der CDU-Fraktion nochmal für die weitestgehend sachliche und konstruktive Arbeit bedanken. Denn wir denken, das ist gerade auch im Vorfeld einer anstehenden Kommunalwahl sicher nicht einfach, mit so einem defizitären Haushalt umzugehen. Mein erster Dank geht vor allem aber auch an die Verwaltung, denn ich hatte das auch schon bereits mehrfach ausgeführt, es war eine hervorragende Vorbereitung, denn mit einem 90 Millionen Einsparvolumen hier reinzugehen, das von der Verwaltung erarbeitet wurde, und ich weiß jetzt nicht genau, wie viel Prozent es sind, die wir einfach auch nahtlos so mitgegangen sind. Das ist auch ein Vertrauensbeweis an die Verwaltung und sicherlich auch an Sie, Herr Oberbürgermeister, aber ganz klar auch an die Finanzbürgermeisterin und die Stadtkämmerei.

Nichtsdestotrotz zeigt man auch die Kompetenz unserer Finanzbürgermeisterin, denn sie ist immerhin jetzt auch als Vorsitzende des Finanzausschusses des Städtetages Baden-Württembergs gewählt worden, und mit zwei dann hier im Prinzip an der Spitze, glaube ich,

können wir auch guten Mutes in die Zukunft gehen. Trotzdem würde ich auch Sie beide dann bitten, und das hatte ich auch in meiner Haushaltsrede schon erwähnt, diese Position auch dazu zu nutzen, gerade das Land immer wieder an seine Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Kommunen zu erinnern. Denn dies hatten wir mehrfach hier schon im Haus. Ich glaube, hier besteht auch Einigkeit, dass insbesondere im Bereich ÖPNV, im Bereich städtisches Klinikum die Kommunen am langen Arm verhungern werden lassen und das kann nicht weiter so sein, und dies bitte ich Sie auch mitzunehmen in dem Bereich.

Wir haben es geschafft, dass der Haushalt sich nicht verschlechtert. Trotzdem haben wir, glaube ich, auch entsprechende gute Punkte gesetzt. Ich möchte hier nicht alles aufzählen, sondern bei unserer Seite vor allem an das Gründerzentrum für das Handwerk erinnern. Ich denke, das ist ein entscheidender Impuls auch für das Handwerk in Karlsruhe, aber auch die Bürgerinnen und Bürger, den Streichungsantrag zurückzunehmen für die Verdopplung der Anwohnerparkausgebühren. Ich denke, das war schon ganz wichtig auch für die Bürgerinnen und Bürger. Wir müssen trotzdem ganz sicher weiter am nächsten Doppelhaushalt arbeiten, denn wir haben ein Ausgabenproblem. Wir haben nicht das Einnahmenproblem, auch hier können wir uns verbessern. Wir müssen aber vor allem an unseren Ausgaben weiter arbeiten. Und auch hier, denke ich, müssen wir die wichtigen Punkte angehen. Da sind es natürlich die großen Batzen, wo wir uns Gedanken machen müssen, von welchen Aufgaben wir uns gegebenenfalls auch trennen müssen, um nicht immer alles weiter aufzuhäufen. Aber das ist für den nächsten Doppelhaushalt dann. Wir werden dem Haushalt zustimmen.

Stadträtin Melchien (SPD): Auch wir möchten es nicht unnötig spannend machen, im Bewusstsein, wie wichtig dieser heutige Beschluss des Gemeinderats ist, in der Gewissheit, dass wir als SPD unseren Beitrag zu einem genehmigungsfähigen Haushalt geleistet haben, indem wir einerseits dringende Bedarfe anerkannt und uns aber auch darauf beschränkt haben und auf der anderen Seite Sparvorschläge unterbreitet haben, für die wir sogar Mehrheiten gewinnen konnten. In der Verantwortung für unsere Stadt werden wir in gewohnter und verlässlicher Weise diesem Doppelhaushalt heute zustimmen. Wir möchten uns ganz herzlich bedanken bei der Verwaltung, bei allen Kolleginnen und Kollegen, die hier konstruktiv und einen ungewöhnlich langen, sehr transparenten und vor allem sehr gut vorbereiteten Prozess miteinander zum Gelingen geführt haben und, ich finde, auch zu einem guten Ergebnis, das dann hoffentlich auch durch das Regierungspräsidium genehmigt wird und vor allen Dingen, auch das möchte ich heute betonen, mit den notwendigen Investitionsrahmen ausgestattet wird, den wir benötigen, um die wichtigen Investitionen für uns als SPD, gerade die wichtigen Investitionen in den Bereichen Kinder, Jugendliche, die Schulen vor allen Dingen dann auch tätigen zu können.

Ein besonderes Augenmerk werden wir sicher auf die Abarbeitung des Investitionsprogramms legen, insbesondere im Bereich Schulen, weil wir schon jetzt wissen, welche wir nicht unterbringen konnten in diesem Haushalt, für welche wir auch kostenkontrollierte Planungen eingefordert haben im nächsten Doppelhaushalt. Die Anne-Frank-Schule möchte ich hier nennen. Das kann natürlich nur gelingen, wenn wir auch mit den jetzigen Investitionen vorankommen, und deswegen hier unser besonderes Augenmerk. Positiv erwähnen im Bereich der Investition möchte ich auf jeden Fall die Sanierung des Kinder- und Jugendhauses Südstadt. Das ist, glaube ich, ein ganz großer Erfolg dieser Beratung, dass wir wirklich für Kinder und Jugendliche die Bedingungen möglichst verbessern und für eine

notwendige Sanierung auch jetzt schon sorgen können, trotz aller kritischer Haushaltslagen aktuell.

Trotz dieser schwierigen Situation allgemein haben wir an verschiedenen Stellen entsprechend der gestiegenen Bedarfen auch Anpassungen vorgenommen. Besonders froh sind wir darüber, dass unser Vorschlag für die Dynamisierung im Kulturbereich eine Mehrheit gefunden hat. Hier ist es natürlich auch verbunden mit einem Auftrag an die Verwaltung, jetzt ein Konzept zu erarbeiten, mit dem man dann diese Beschlüsse auch umsetzen kann. Auch in anderen Bereichen, gerade im sozialen Bereich, konnten wir Hilfen, Förderungen ausweiten, und in für uns besonders wichtigen Bereichen haben zum einen keine Gebührenerhöhungen stattgefunden, wie bei den Fachschulen. Wir konnten aber auch wieder Akzente setzen durch die Beschlüsse. Unter anderem die innovative Pflege möchte ich hier benennen als ganz wichtigen Zukunftsbereich. Sicher bleibt es spannend, anders als unsere Zustimmung zum heutigen Haushalt, welche Konsequenzen der neu eingeführte Sonderfonds haben wird. Darüber werden wir uns verständigen müssen. Trotz des dann herrschenden Kommunalwahlkampfes bin ich davon überzeugt, dass uns das in konstruktiver Weise gelingen wird.

Stadtrat Haug (KAL/Die PARTEI): Es liegen knapp 20 Stunden Haushaltsberatung hinter uns, indem wir konstruktiv gerungen haben um gewisse Verschiebungen, gute Lösungen. Ganz besonders freut uns, dass der Kinder- und Jugendtreff in der Südstadt angegangen wird, oder auch die Verstetigung der Koordinationsstelle für die Istanbul-Konvention, und schlussendlich, dass der Einstieg in die Dynamisierung der Kultur gelingen wird.

Wir haben auch Wermutstropfen, weil wir denken, dass einige andere unterfinanzierte Kultureinrichtungen mehr Zuschüsse gebraucht hätten, aber wir haben gemeinsam dieses Ergebnis gefunden. Wir danken der Verwaltung und wollen gerne zu dem Rückenwind für die Gespräche mit dem Regierungspräsidium beitragen und stimmen selbstverständlich zu.

Stadtrat Høyem (FDP): Der Gemeinderat ist kein Parlament, man hat keine Regierung und keine Opposition. Damit bekommt die Verwaltung und darunter die Bürgermeister eine große Verantwortung, zusammen mit der Mehrheit und eine kritische Presse. In dieser Mandatsperiode hat sich eine große Fraktion in ihrem Selbstverständnis als Regierung gefühlt und sich auch so benommen. Der Gemeinderat ist als ideologisches Schaufenster angewendet worden. Normalerweise wollten die Medien so ein Rollenspiel kritisch begleiten, aber in Karlsruhe, na, Schwamm drüber.

In United Kingdom würde man sich in so einer Situation auf His Majesty's most loyal opposition berufen. Das passt nicht so gut in Karlsruhe. Deshalb hat unser Haushaltsredner Thomas Hock die FDP als Service-Opposition genannt. In der Haushaltsdebatte haben wir, leider vergeblich, diese Oppositionsrolle zu erfüllen versucht. Wir brauchen nicht das Bundesverfassungsgericht, um festzustellen, dass Karlsruhe eine Schuldenbremse braucht, dringend. Die Schuldbelastung pro Karlsruher Bürger explodiert, und die Schuldbelastung im Jahr 2025 nähert sich der Milliardengrenze. Karlsruhe als Stadt hat kein Einnahmeproblem, unser Problem sind die Ausgaben. Deshalb ist Priorisierung angesagt. Ohne eine starke Wirtschaft und Handwerk haben wir kein Geld zu verteilen. Wir bauen, bauen und bauen. Deshalb ist es absolut fatal, Eigenkapital von der Volkswohnung wegzunehmen.

Lassen Sie mich etwas prinzipiell zu Klimapolitik sagen. Der Oberbürgermeister kann, denke ich, bestätigen, dass ich mich persönlich die letzten zehn Jahre professionell lokal mit Nachhaltigkeit auf dem Wohnmarkt und global mit Nachhaltigkeit in der Finanzwelt beschäftigt habe. Die Klimaänderung ist eine globale Herausforderung, aber die linke Mehrheit im Karlsruher Gemeinderat hat in ihrer apokalyptischen Dramatisierung mit nahezu religiösen Tönen in mehreren Wegen die Klimapolitik geschädigt. Man hat Priorisierung in der Klimapolitik als Tabu abgelehnt. Damit hat man viele Millionen für nicht definierte Ziele reserviert. Damit hat man unzählige Personalstellen ohne Definition geschaffen. Damit hat man, und das ist das Schlechteste, die Akzeptanz in der Bevölkerung aufs Spiel gesetzt. Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, die FDP ist nicht His Majesty's loyal opposition. Bis Juni nächsten Jahres sind wir auch nicht ein Teil der Mehrheit dieses Hauses, aber als Service-Opposition schreiben wir an die Wand Menetekel. Der Haushalt ist gewogen und für zu leicht befunden. Wir können dieser Haushaltssatzung nicht zustimmen.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Wir anerkennen, dass der Gemeinderat zum ursprünglichen Entwurf der Verwaltung durchaus noch einige Verbesserungen erreicht hat. Aber ich bin mit meinen Fraktionskolleginnen einig in der Kritik an diesem Haushalt. Nur wenige Beispiele:

- Das Schulesen wird teurer, wie auch der Eintritt in den Zoo.
- Die gebührenfreie Kita ist nur noch ein Wunschtraum. Kitagebühren werden erhöht, obwohl klar ist, dass der Betreuungsschlüssel wie auch die Öffnungszeiten verschlechtert werden, und das nach den Corona-Jahren mit all den fatalen Folgen, dies in einer Zeit, in der so viele Kinder dringend ein gutes soziales Umfeld und pädagogische Betreuung benötigen. Von frühkindlicher Bildung wage ich schon gar nicht mehr zu sprechen. Das dringend benötigte Kita-Personal wäre nur mit besseren Arbeitsbedingungen zu bekommen, mehr Zeit für die Kinder und die pädagogische Arbeit, mehr Zeit für die eigene Familie und bessere Bezahlung.
- Kultureinrichtungen müssen weiter um ihr Überleben kämpfen. Die Dynamisierung ist kein Ausgleich für die gestiegenen Kosten. Höhere Mieten und galoppierende Energiekosten fressen alles auf. Auch die Kulturschaffenden leben nicht vom Applaus allein. Luft und Liebe reichen nicht, um Familien zu ernähren.
- Die Volkswohnung muss Gewinn an die Stadt abführen, obwohl klar ist, dass mehr Wohnungen, vor allem Sozialwohnungen, dringend gebraucht werden. Wohnungen für Menschen mit kleinen Einkommen, Erzieherinnen, Pflegekräfte, Reinigungskräfte, Müllwerker und andere Berufsgruppen, die in unserer Stadtgesellschaft dringend gebraucht werden.
- Das Klimaschutzbudget ist gekürzt, der Klimaschutzplan nicht ausfinanziert.
- An vielen Stellen fehlen Mitarbeiter*innen zur Umsetzung vieler städtischer Vorhaben. Die Besetzung offener Stellen scheitert an mangelnder Attraktivität, schlechter Bezahlung und fehlenden Entwicklungsmöglichkeiten. Als wir die Stadt aufgefordert haben, im Arbeitgeberverband dafür einzutreten, den Forderungen von ver.di zu folgen, wurden wir ausgelacht.

Wir sind uns im Klaren darüber, dass die Stadt allein an dieser Misere nichts ausrichten kann, aber der Präsident des Deutschen Städtetages könnte zusammen mit anderen Bürgermeister*innen sehr wohl der strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen und der so unsozialen Politik in Land und Bund entgegentreten. Sie könnten dazu beitragen, dass die

unsinnige Schuldenbremse, das Festhalten an der schwarzen Null endlich ein Ende findet. Keine schwäbische Hausfrau hat ihr Häusle jemals ohne Kredite finanziert. Sie hat langfristige Schulden aufgenommen, um sich und ihren Kindern einmal ein besseres Leben zu ermöglichen. Sie hat damit in die Zukunft ihrer Familie investiert und so ähnlich sehen wir das mit vielen staatlichen Leistungen, die über Kredite, den Klimaschutz, Wohnen, Kultur und ein soziales Miteinander finanzieren müssten, in der Kita, in der Pflege, im Gesundheitssystem und in der Bildung.

Heutige Schulden sind Investitionen in unsere Gesellschaft und sichern die Zukunft der kommenden Generationen. Betrachten Sie meine Gegenstimme deshalb auch als Protest gegen die menschenfeindliche Politik der schwarzen Null.

Stadträtin Lorenz (FW/FÜR): Wohlwollend nehmen wir zur Kenntnis, dass der Wille zu sparen und den Haushalt zu sanieren auf jeden Fall gegeben ist und gewissermaßen ein Turnaround stattgefunden hat. Wir haben in den vergangenen beiden Haushalten bereits angemahnt, und ich möchte Sie noch mal zitieren, vor zwei Jahren haben Sie gesagt, oder ich glaube, es waren schon vier, wir nehmen noch mal einen kräftigen Schluck aus der Pulle, bevor es dann eng wird. Und da sehen wir schon den Fehler, denn eigentlich hätten wir schon viel früher anfangen müssen mit dem Turnaround und mit dem Sparen. Nun zumindest ist es doch bei vielen in den Köpfen verankert.

Wir sehen, dass der Haushalt sich zwar nicht verschlechtert hat, aber wir sehen auch keine deutliche Verbesserung. Sie selbst haben am Abschluss der Haushaltsberatungen gesagt, es gibt große Risikofaktoren für das kommende Jahr, was noch auf uns alles einprasseln könnte, diesen Haushalt auch nochmal mit runterzieht. Die optimistische Meinung vieler Kollegen hier aus den großen Parteien teilen wir nicht. Wir sehen das immer noch schwierig und wir stellen auch nicht nur die Weichen für das Jahr 2024/25, sondern wir blicken mit großer Sorge auf das Jahr 2026/27.

Ich möchte noch ein Wort sagen zur Zustellung der Unterlagen. Die Veränderungsliste ist gestern Abend um 17:26 Uhr, also nach Ende unserer Fraktionsitzung, bei uns eingegangen, keine 24 Stunden vor der Sitzung heute, meines Erachtens deutlich zu spät. Ich muss sagen, das ist auch ein ganz klares Signal an den Gemeinderat, denn eine fachkundige Beratung miteinander oder vielleicht auch mit einem Fachmann ist so nicht mehr möglich, und eigentlich müsste man schon aus diesem Grund den Haushalt ablehnen. In der freien Wirtschaft würde man bei einem Aufsichtsratsgremium dem Geschäftsführer den Stuhl vor die Tür setzen, glaube ich. So weit wollen wir heute natürlich nicht gehen, aber aus den vorgenannten Gründen und vor allen Dingen - da möchte ich noch mal betonen -, das, was wir in den zwei Tagen Haushaltsmarathon hier verabschieden, Sie sagen natürlich immer gern, Sie führen das aus, was der Gemeinderat von Ihnen möchte oder mehrheitlich will. In großen Teilen stimmt das, aber das, was wir in den Haushaltsberatungen beschließen, ist marginal in Betrachtung auf den Gesamthaushalt. Die Weichen werden eigentlich das ganze Jahr über gestellt, und da muss man sich fragen, wo man da hätte schon sparen können und nicht am Jahresende und nach dem Zwei-Jahresturnus das große Zepter auspacken und sagen, so, jetzt geht nichts mehr.

Aus diesen Gründen lehnen wir den Haushalt ab.

Stadtrat Schnell (AfD): Letzte Woche hat der Gemeinderat den Haushalt beraten und diesem noch einiges an zusätzlichem Defizit zu der bereits im Entwurf vorhandenen Unterdeckung draufgesattelt. Damit das nicht so auffällt, sollen dem Haushalt knapp 10 Millionen aus einem flugs herbeigezauberten sogenannten Stabilisierungsfonds zufließen. Woher das Geld für diesen Fonds stammen soll, ist bis dato völlig offen. Dieses Gebaren erinnert schon sehr an die Machenschaften der Ampel, denen das Verfassungsgericht jetzt einen Riegel vorgeschoben hat. Berlin hat auch schon eine Idee, wie sie das Defizit verringern will, neue zusätzliche Belastung für den Bürger. Es würde mich nicht wundern, wenn hier in Karlsruhe versucht würde, den gleichen Weg einzuschlagen. Hauptsache, auf dem Papier stehen Zahlen, mit denen man versucht, dem Regierungspräsidium eine Beruhigungspille zu verabreichen, auf dass dieses den vorliegenden windigen Haushalt genehmigt.

Dabei wäre das gar nicht nötig, wären Sie alle den Einsparvorschlägen der AfD gefolgt, nicht zig Millionen für den sogenannten Klimaschutz sinnlos zu verschwenden. Sinnlos deshalb, weil diese Maßnahmen nichts, aber auch gar nichts dazu beitragen, den Klimawandel zu verlangsamen, geschweige denn gar zu stoppen. Auch lehnten Sie es ab, die freiwilligen Leistungen für Migranten wenigstens in Teilen zu reduzieren oder sinnlose Subventionen wie etwa die 270.000 Euro für die meist nur herumstehenden Leihräder abzubauen. Aber auch jenseits der letzten Woche beschlossenen Mindereinnahmen bzw. Mehrausgaben für den kommenden Haushalt war dieser bereits im Entwurf, und er ist es jetzt erst recht alles andere als in irgendeiner Art und Weise nachhaltig. Er steckt voller Maßnahmen, die nur einmalig das Ergebnis weniger katastrophal aussehen lassen, als es ist. Das fängt beim Verkauf im städtischen Besitz befindlicher Aktien an und endet noch lange nicht damit, bei den städtischen Betrieben deren Defizite nicht vollends auszugleichen. Damit verfrühstücken Sie deren Eigenkapital mit der Folge, dass wir sie in naher Zukunft erhöhen müssen, sprich sie mit weiterer Verschuldung ausstatten. Doch es sind bereits bei der Stadt und den Beteiligungen 3 Milliarden Schulden angehäuft, die wir unseren Kindern und Enkeln als Erbe hinterlassen. Gerade diejenigen, die hier immer das Wort Gerechtigkeit im Munde führen, haben wohl noch nie etwas von Generationengerechtigkeit gehört. Nach uns die Sintflut, oder wie?

Damit das Regierungspräsidium diesen Haushalt, der im Grunde eine Bankrotterklärung der seit Jahren diesen Gemeinderat dominierenden links-grünen Mehrheit ist, doch noch irgendwie genehmigt, hat uns der Oberbürgermeister anheimgestellt, ihn mit großer Mehrheit mitzutragen. Die AfD wird diesen Schritt nicht mitgehen. Wir werden beim Versuch, das Regierungspräsidium hinter die Fichte zu führen, nicht mitmachen. Wir haben ernste Zweifel daran, ob dieses windige Konstrukt gesetzlichen Vorgaben genügt. Wer also heute diesem Entwurf zustimmt, setzt sich dem Verdacht aus, die Genehmigungsbehörde täuschen zu wollen.

Stadträtin Fenrich (pl): Ich möchte gerade noch mal kurz einen Rückblick geben auf meine Haushaltsrede. Da habe ich im Wesentlichen vorgeschlagen, Einsparungen vorzunehmen im Bereich des Klimaschutzes, und zwar Klimaschutzkonzept um 50 Prozent, weil es freiwillige Leistungen sind und weil die Stadt aller Voraussicht nach diese eingestellten Gelder nicht, auch im neuen Haushalt, nicht verwenden kann. Dann habe ich weiterhin in der Migration Einsparungsvorschläge gemacht, und zwar deshalb, weil mir die Priorisierung der einzelnen Maßnahmen gefehlt hat, was ich auch damals in der Haushaltsrede gesagt habe, was ich öfters angeprangert habe. Nichts ging davon durch.

Im Hinblick auf die mahnenden Worte des Oberbürgermeisters, die Schulden nicht weiter nach oben zu treiben, hat sich die Gemeinderatsmehrheit für noch mehr Schulden entschieden, 20 Millionen Euro in der Summe. Ausgleich der Schulden, das wissen wir hier alle, sind durch verschiedene Maßnahmen getroffen worden. Aber neu ist, und das möchte ich jetzt expressis verbis doch noch mal anführen, neu ist, dass es jetzt einen Stabilisierungsfonds gibt in Höhe von 4,9 Millionen Euro pro Jahr. Und neu ist auch die Entnahme aus den Überschüssen der Volkswohnung, also einer städtischen Gesellschaft, zwar nur einmalig in Höhe von 3,6 Millionen Euro, aber immerhin. Bei der Entnahme der Volkswohnung dürfte das der Büchse der Pandora gleichen. Ich will damit sagen, dieses Spiel wird sich künftig wiederholen, nicht zum Vorteil der stadteigenen Gesellschaft, denn wenn einmal das Tor geöffnet ist, lässt sich das kaum mehr schließen. Der Stabilisierungsfonds gleicht einem Hütchenspieler-Trick. Zuerst ist man neugierig, dann wirkt es verwirrend, und am Ende wird der Erfolg ausbleiben. Das heißt, die Bürger werden immer weiter ausgepresst werden infolge höherer Steuern und Gebühren.

Das Ziel meiner schriftlichen Anfrage beim Oberbürgermeister und der Ersten Bürgermeisterin, inwieweit sich das Bundesverfassungsgerichtsurteil auch auf den städtischen Haushalt auswirken könnte und somit im Bereich Klimaschutz eine restriktive Ausgabenpolitik sinnvoll wäre, wurde mit einem Federstrich weggefegt. Sollten aber Bund und Land im Bereich Klimaschutz nicht unterstützen können oder nicht unterstützen wollen, sieht es für die Stadt im Bereich Klimaschutz auch mau aus.

Hier der Schwenk jetzt hinsichtlich der Kollegen von der AfD, was man heute Morgen gelesen hat in der Zeitung, dass sie überlegen, ob sie klagen würden. Da würde ich sagen, das ist vielleicht zu früh geschossen, denn klagen wird erst möglich sein, wenn das Regierungspräsidium eine Entscheidung getroffen hat. Das Ergebnis ist also, der Haushalt ist auf Kante genäht. Es gibt zu viele Unwägbarkeiten. Das wird dem Bürger nicht gerecht, und infolgedessen kann ich dem Haushalt nicht Folge leisten. Ich werde ihn ablehnen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank für die Beiträge. Lassen Sie mich nochmal aus meiner Sicht ein paar Punkte zusammenfassen. Ich darf zum einen nochmal feststellen, der Haushalt ist nicht um 20 Millionen mehr verschuldet, als bevor wir ihn hier in die Beratung eingebracht haben, sondern wir haben indirekt nochmal eine Selbstverpflichtung uns auferlegt, in beiden Jahren aus der Bewirtschaftung noch weitere jeweils etwa 5 Millionen herauszuschwitzen, damit wir am Ende jetzt nicht mit einem verschlechterten Haushalt an das Regierungspräsidium herantreten, also keine 20 Millionen, sondern 10 Millionen und die auch nicht über zusätzliche Verschuldung, sondern die Selbstverpflichtung, es aus dem zu Erwirtschaftenden zu erbringen. Das ist schon ein eklatanter Unterschied zu der Darstellung, die ich jetzt in der Zeitung gelesen habe und die ich auch schon mehrfach wahrgenommen habe.

Ich möchte ein bisschen auf meine drei Hüte eingehen, die ich als Oberbürgermeister einer südwestdeutschen Großstadt so habe. Das eine ist, dass ich der Chef der Verwaltung bin und möchte mich da zunächst bei meinen Bürgermeister*innenkollegen und bei allen Dienststellen und Gesellschaften bedanken. Wir haben hier einen etwa anderthalbjährigen Prozess hinter uns, der begonnen hat mit einer Bürgermeisterkonferenz, wo wir gemeinsam festgestellt haben, wir tragen das zusammen, und wir müssen auch Dinge verantworten, die wir in unserer eigenen Fachlichkeit eigentlich nicht gut finden, aber um das Gesamtgebilde leistungsfähig zu halten und auch im Grunde die Zepter selber in der Hand zu behalten, bleibt uns nichts anderes übrig. Es ist am Ende dann doch so gekommen, dass

die eine Dienststelle mehr beitragen musste, die andere weniger oder auch vielleicht auch gar nichts, wenn es nachvollziehbar war. Aber hier ist mit großer Solidarität am Ende ein Haushaltsentwurf entstanden, der immerhin 90 Millionen Euro Einsparungen im Ergebnishaushalt mit sich bringt, und das ist schon eine ganz enorme Leistung, und dafür allen Beteiligten herzlichen Dank.

Auch die Kommunikation in die Mitarbeiter*innen und Mitarbeiterschaft hinein, wir haben mehrere Konferenzen gemacht, wo sich jeder Mitarbeiter nochmal mit uns auseinandersetzen konnte. Wir haben neue Formen der internen Kommunikation entwickelt, und am Ende hat das zu einer großen Solidarisierung in der Verwaltung, aber auch insbesondere hier auf der Bürgermeister*innenbank geführt, und dafür nochmal mein ganz herzlichen Dank, auch an unsere Koordinierungsgremien und natürlich auch an die Stadtkämmerei, die das alles hier ein Stück weit zusammentragen und immer wieder auch ein Stück weit aufarbeiten musste, sowie natürlich an alle Querschnittsämter. Die Aufgaben sind auch nicht vorbei, sondern wir steigen in ganz vielen Bereichen der Verwaltung jetzt in eine Aufgabenkritik und auch in eine vorausschauende Personalplanung ein, die es wirklich in sich haben wird, weil uns klar ist, nicht nur, weil die Finanzen endlich sind, sondern weil auch der Arbeitsmarkt endlich ist, wir in völlig andere Organisationsstrukturen und auch Erledigungsstrukturen kommen müssen. Das fängt mit vermehrter Digitalisierung an und hört bei einer sehr kritischen Überprüfung von bestimmten Dienstleistungsintervallen und auch Qualitätstiefen auf. Und da ist vieles jetzt begonnen. Ich kann Ihnen versichern, nach dem Haushaltsbeschluss ist im Grunde nicht nur vor dem nächsten Haushaltsbeschluss, sondern wir haben viele Aufgaben, die wir jetzt noch mehr und mit noch mehr Intensität, nachdem der Haushalt durch ist, aufarbeiten müssen, damit wir hier in ein grundsätzlich anderes Fahrwasser kommen.

Der zweite Punkt ist, dass ich auch ein Stück weit hier Mitglied im Gemeinderat bin und ein bisschen auch die moderierende Rolle habe. Und da möchte ich mich insgesamt einfach für die sehr kollegialen Haushaltsberatungen bedanken und auch für die Art und Weise, wie mit unseren Sparvorschlägen insgesamt über diese lange Zeit umgegangen wurde. Viele Ausschüsse haben sich damit befasst, die Strukturkommission. Wir haben schon im letzten Dezember mit Ihnen über 60 Millionen hier vereinbart. Und es ist die Frage gestellt worden, wie viel davon ist etwa umgesetzt worden. Ich denke, Sie haben letztlich an den konkreten Maßnahmen, die wir vorgeschlagen haben, wahrscheinlich irgendwo sowas zwischen 8 und 9 Millionen verändert, das ist etwa zehn Prozent, und das ist, glaube ich, schon für uns nochmal ein schöner Beweis, dass wir nicht so ganz falsch lagen. Aber es ist von Ihnen auch ein erheblicher Vertrauensbeweis uns gegenüber, dass man uns das dann auch abnimmt und uns auch zutraut, dass wir das hier entsprechend umsetzen können. Dafür nochmal mein herzliches Dankeschön.

Ich glaube auch, dass wir als Gemeinderat, und da komme ich zu meinem dritten Hut, nämlich dem als Repräsentant der Bürgerinnen und Bürger, dass Sie als Gemeinderat in Ihrer Mehrheit, die sich heute abzeichnet, der Verantwortung gerecht werden, die uns unsere Gemeindeordnung vorgibt, dass es hier nämlich nicht darum geht, wer macht die größte Krawallopposition oder wer setzt sich mit seiner Ideologie durch, sondern dass es hier darum geht, die Serviceleistungen an die Bürgerinnen und Bürger aufrecht zu erhalten, trotz knapper Kassen, Aufgabenkritik da vorzunehmen, wo es eben möglich ist, und vor allem am Ende in einem großen Konsens auch der Bürgerschaft gegenüberzutreten. Und ich finde, das Ergebnis, was sich jetzt hier abzeichnet, sortiert nochmal hier im

Gemeinderat, wer dazugehören will zu einem solchen großen Konsens und wer nicht. Es ist auch nochmal ein ganz klares Signal an die Bürgerinnen und Bürger, wer hier wirklich am Ende Verantwortung übernehmen möchte oder nicht.

Und Frau Stadträtin Lorenz, dass die Veränderungsliste gestern Nachmittag erst gekommen ist, bedauere ich auch sehr. Aber man muss vielleicht fairerweise sagen, dass in der Veränderungsliste nur alle Ergebnisse eingepflegt sind, die Sie letzte Woche besprochen haben. In der Veränderungsliste steht nichts drin, was Sie nicht seit dem letzten Mittwochabend schon wissen. Und von daher glaube ich, nachdem es letztlich eher um eine protokollarische Korrektur der Haushaltssatzung geht, die durch die Veränderungsliste, die Sie selber beschlossen haben, uns beauftragt worden ist, würde jetzt hier auch in einer Wirtschaft kein Geschäftsführer vor die Tür gesetzt werden, weil er ein Protokoll oder eine Einarbeitung und einen Wirtschaftsplan nicht innerhalb von einer Woche hinkriegt. Also das nur noch einmal, da sind keine Überraschungen drin, Sie wissen das alle seit fast einer Woche, also dieser Spuk bleibt ein Spuk. Und ich würde ja auch die Kritik an dem, dass wir am Ende des Jahres immer kämen und sagen, das Geld reicht nicht, ich weiß ehrlich gesagt nicht, woher die Kritik kommt, und ich habe jetzt auch im Laufe der letzten zwei Jahre keine nennenswerte Aufgabenkritik oder irgendwelche Veränderungsvorschläge bekommen oder wahrgenommen, die diese harte Beurteilung dessen, was hier in zwei Tagen mit großer Leidenschaft und auch mit großer Mühe gemeinsam erreicht wurde, nachvollziehbar machen möchte.

Auch aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger darf ich feststellen, dass Sie in manchen Bereichen durchaus eine Art Paradigmenwechsel erreicht haben, trotz der finanziell schwierigen Lage. Wir kriegen jetzt im Grunde ein Teilangebot auch der Beteiligung an den Kosten für ein queeres Zentrum in dieser Stadt. Wir haben jetzt eine Grundfinanzierung, mit der wir das Thema Handwerkerzentrum angehen können. Wir haben jetzt eine Anpassung vorgesehen, mit der Sie uns beauftragt haben für die Zuschüsse im Kulturbereich. So etwas gab es bisher vorher eben in diesem Bereich gar nicht. Wir haben bei Klimaanpassung einen Topf, den Sie teilweise jetzt auch schon mit Aufgaben belegt haben. Und so finde ich, und da ziehe ich wirklich den Hut vor Ihnen, ist es gelungen, wichtige Themen, die auch in der Zivilgesellschaft eine große Rolle spielen, jetzt ein Stück weit hier auch mit, nicht mit sehr vielen Mitteln, aber mit einem Schwenk der Stadtpolitik in eine andere konstruktive Richtung auch vorzunehmen, trotz der eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten. Und das sind qualitative Meilensteine, die, glaube ich, in dieser Vielfalt, in dieser Situation niemand von Ihnen vorher hätte erwarten können.

Und da kann ich Ihnen, denke ich, auch im Namen der Bürgerinnen und Bürger und vieler zivilgesellschaftlicher Organisationen und Institutionen einfach nur herzlich danken, dass uns dieser Wechsel in diese Richtung gelingt, obwohl es eigentlich von der Haushaltssituation hier erstmal gar nicht unbedingt zu erwarten gewesen wäre, und das auch in einem schönen Geben und Nehmen, genau wie es die Kommunalordnung vorsieht, dass man nicht gegeneinander arbeitet, sondern dass man versucht, trotz unterschiedlicher Aspekte, die man priorisiert, am Ende einen doch großen Konsens findet, der verschiedene dieser Aspekte berücksichtigt, und vor allem aber auch zeigt, dass man insgesamt in derselben Richtung zieht und nicht völlig gegeneinander. Und das, finde ich, ist in der letzten Woche sehr deutlich geworden. Dafür auch nochmal persönlich, aber ich glaube, im Namen von uns allen und auch, denke ich, von großen Teilen der Bürgerschaft, ein herzliches Dankeschön. Damit kommen wir zum Beschluss.

Stadtrat Schnell (AfD): Gestatten Sie eine Nachfrage? Ich hatte mir notiert, am Mittwochnachmittag, das wurde an die Wand geworfen, Zusatzausgaben rund 20 Millionen für den Haushalt 2024/25, Stand unter dem Strich, und 13 Millionen für 2026/27. Jetzt ist klar, mit dem Stabilisierungsfonds, da geht das weg, aber jetzt ist die Frage, wohin ist der Rest verschwunden? Das habe ich nicht verstanden.

Der Vorsitzende: Ich weiß nicht, ob es an der Wand stand, aber wenn man vorausgesetzt hätte, dass Sie die Volkswohnung für beide Jahre einkassieren, wären wir auf 20 Millionen insgesamt gekommen, und das war meine Aussage vor dem letzten Teilhaushalt 2000. Und dann haben wir festgestellt, dass wir insgesamt 5 Millionen herausnehmen können, weil wir die verbleibenden Summen für die PIA-Ausbildung für ausreichend betrachten, dass bei der Volkswohnung doch nur ein Jahr von Ihnen wieder kassiert wird und ein Jahr in die Ausschüttung kommt, dann sind wir schon bei 8,5 Millionen. Dann kommen noch die 2 Millionen Bettensteuer dazu, dann sind wir bei 10,5 und dann gab es noch so Kleinkram. Wir kamen also am Ende auf etwa 11 Millionen und das ist das, was dann dem entgegengestellt wurde.

Gut, dann kommen wir jetzt zum Beschluss, und ich bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Wir bedanken uns ausdrücklich als Verwaltungsspitze für dieses Ergebnis, auch als Gesamtverwaltung. Damit können wir, glaube ich, gut dem Regierungspräsidium und der Bürgerschaft gegenüberreten und werden dann berichten. Das ist, glaube ich, die größte Zustimmung zu einem Haushalt, die wir jetzt die letzten Male hatten, und das ist gerade in diesen Zeiten eine außergewöhnliche Leistung.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
18. Dezember 2023